

„Staatswald darf nicht geopfert werden

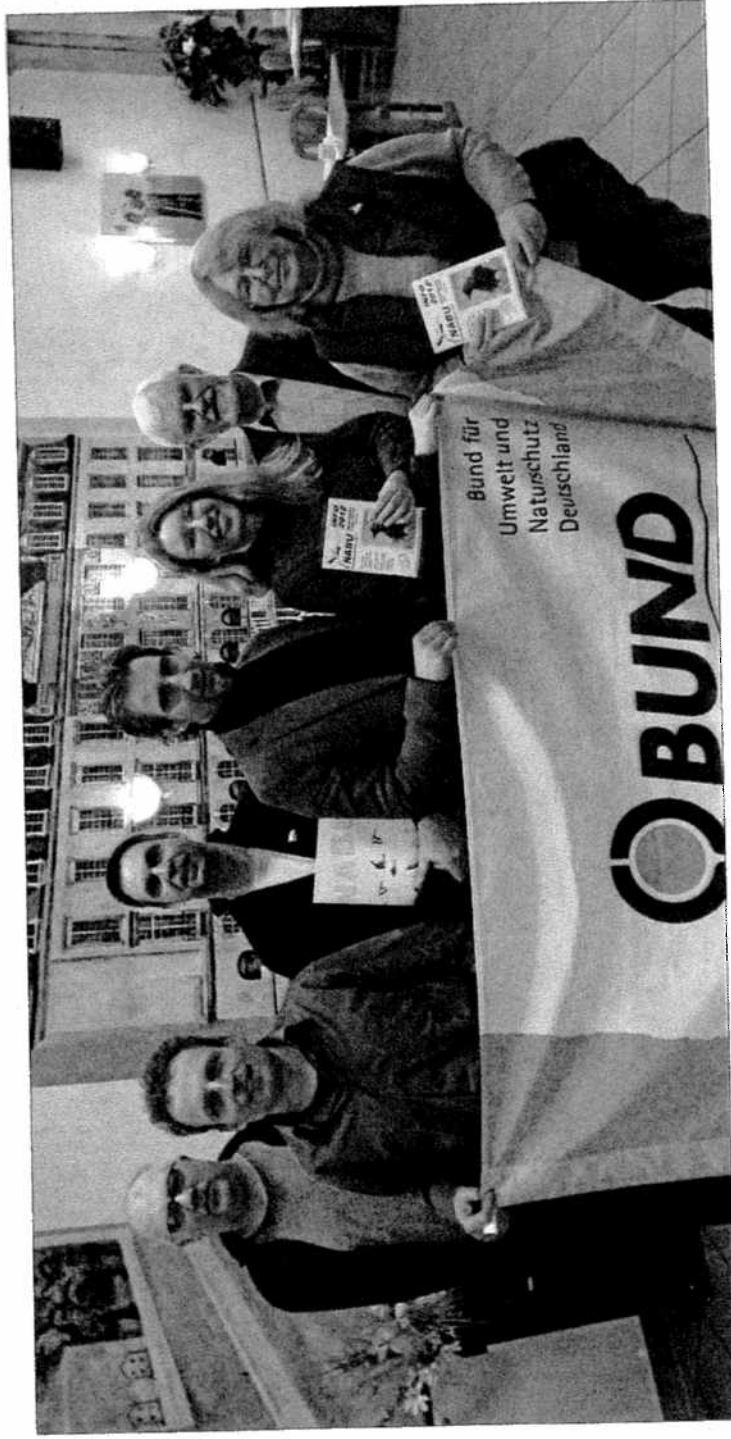
Naturschutzverbände wollen eine Westerweiterung des Phantasialands verhindern

von WOLFGANG KIRFEL

BRÜHL. Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände fordern den Stopp der geplanten Phantasialand-Erweiterung. Das erklärte Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) in der Gaststätte „Brauhaus“ in der Uhlstraße. Zuvor hatten sie der Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken ihre Stellungnahme überreicht und appelliert, das Verfahren zur Änderung des Regionalplans zu stoppen. Die großflächige Vernichtung wertvoller Waldgebiete müsse verhindert werden.

Für die knapp 30 Hektar große Erweiterung im Rahmen der Westalternative D sollen die Parkplätze östlich des Hotels Ling Bao, die benachbarte Kleingartenanlage, das Naturschutzgebiet um den Ententeich sowie eine Waldfläche westlich der L 194 genutzt werden. „An unserer grundlegenden Kritik an der Erweiterungsplanung hat sich in all den Jahren nichts geändert“, sagte Holger Sticht, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND. Die von den Naturschutzverbänden angemahnten Mängel seien nicht behoben: Waldflächen würden in großem Umfang vernichtet, und ein konkreter Erweiterungsbedarf für den Freizeitpark fehle. Die Osterweiterung sei immer noch die bessere Al-

ternative. „Wir wollen keine Präzedenzfall, bei dem für die wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens Staatswald geopfert wird.“ Der NABU geht davon aus, dass Umweltminister Johannes Remmel, keinen Landesforst für die Erweiterung zu verkaufen. „Es handelt sich um ökologisch hochwertige Flächen und seltenen Tierarten. Das Areal hat auch eine wichtige Funktion als Naherholungsgebiet.“ Monika Hachtel, Vorstandsmitglied des NABU NRW, forderte die Landesregierung auf, diesem Treiben endlich ein En-



Einen Planungsstopp für die Westerweiterung des Phantasialands fordern Vertreter der Naturschutzverbände. (Foto: Kirfel)

auskommen könne. Zudem gebe es noch Areale an der Kulgasse und den Ausweichparkplatz in Schwadorf, die genutzt werden könnten. „Wir haben Alternativen aufgezeigt“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des NABU Rhein-Erf, Wilbert Spitz. Aber die Gegenseite sei nicht kompromissbereit. „Die geplanten Ausgleichsmaßnahmen für die Erweiterung sind nicht ausreichend“, erklärte Dieter Rupp, Vorsitzender des Landschaftsbeirats des Rhein-Erf-Kreises. Bis zu 80 Jahre alte Bäume könnten nicht durch Neuanpflanzun-

gen kleiner Bäume ersetzt werden. „Wald ist keine Masse, die man von hier nach da verschieben kann“, unterstrich Rupp. Andreas Palm, Sprecher des BUND Rhein-Erf, mahnte mit Blick auf die Probleme mit dem Freizeitpark am Nürburgring: „Was ist, wenn die Erweiterung nicht funktioniert? Der Wald ist dann weg. Wenn der Flächenbedarf des Freizeitpark tatsächlich so hoch sei, warum werden dann die vorhandenen Flächen teilweise nicht genutzt?“ Die ständige Wiederholung des Planungsverfahrens stellt

aus Sicht der Verbände einen Missbrauch der Regionalplanung dar. Es werde mit dem Ziel geplant, die Westerweiterung doch noch durchzusetzen. Sticht: „Von einer ergebnisoffenen Planung kann nicht mehr die Rede sein und den Zielen des Landesentwicklungsplans widerspricht das Ganze auch noch.“

Bovivo droht mit einer Klage

Der Bürgerverein „Bovivo“ droht erneut mit einer Klage, wenn die Westalternative D realisiert werden sollte. „Besonders die Bürger in Brühl-Eckdorf sind von den Erweiterungsplänen in ihre Richtung aufgebracht“, erklärten Michael Müller und Dieter Schmidt. Die im Umweltbericht zu dieser Variante berechneten Lärmwerte lägen massiv über den heutigen und auch über dem vom Verwaltungsgericht Köln im Verfahren um die Attraktion „Wakobato“ als zulässig erachteten Immissionswert. Die Wohngebiete in Walberberg und Pingsdorf seien erst gar nicht berücksichtigt worden. Auch die massive Zunahme durch Lärm und Feinstaub durch den an- und abfahrenden Verkehr zum geplanten Parkplatz auf der jetzigen Kleingartenanlage könne nicht hingenommen werden. „Wird die Westalternative D umgesetzt, bleibt wieder nur der Gang zum Verwaltungsgericht“, so Müller.